

### 3 Politische Kultur

Markus Freitag, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern

#### Inhaltsverzeichnis

1	Einleitende Bemerkungen . . . . .	71
2	Politische Kultur als Forschungsgegenstand . . . . .	73
3	Messung und Datenlage . . . . .	76
4	Politische Kultur der Schweiz im Vergleich . . . . .	78
5	Fazit . . . . .	90

#### 1 Einleitende Bemerkungen

Die Erforschung der politischen Kultur gehört nicht zum Standardrepertoire der schweizerischen politikwissenschaftlichen Analyse. Drei Gründe dürften hierfür ausschlaggebend sein. Hierbei ist auf die Unschärfe des Konzeptes und seiner Verzweigungen selbst, auf eine bisweilen unzureichende Datenlage und auf die oft beschworene Vielfalt des helvetischen Kulturraums zu verweisen.

Mit Blick auf die begriffliche Klarheit wird in Zusammenhang mit der politischen Kultur gerne das Bonmot des Puddings verwendet, den man nur schwer an die Wand nageln könne (Kaase 1983). Zunächst ist anzumerken, dass der Begriff der politischen Kultur sowohl in einer normativ moralisierenden als auch einer neutral beschreibenden und stärker empirisch ausgerichteten Variante vorliegt und verwendet wird (Pickel und Pickel 2006; Seitz 1997). Einerseits werden die Qualität politischer Debatten oder der besonders stilvolle oder moralische Umgang mit politischer Macht, den man einander zubilligen oder absprechen kann, mit dem Etikett der politischen Kultur versehen. Andererseits wird allein auf die nüchterne Erhebung persönlicher Einstellungen gegenüber dem Herrschaftssystem und seinen Trägern abgestellt. In wissenschaftlichen wie stärker essayistischen Abhandlungen finden wir in der Schweiz beide Grundüberzeugungen vor, was der systematischen Erforschung des Konzeptes im eidgenössischen Kontext zumindest nicht förderlich gewesen sein dürfte. Aus einer genuin politikwissenschaftlichen Perspektive sollte allein die zweite Verwendung den Vorrang erhalten. Geht es um die Tonalität und das semantische Niveau politischer Konflikte darf gerne von *politischem Stil* oder *politischem Miteinander*, nicht aber von *politischer Kultur* im Sinn eines modernen politikwissenschaftlichen Verständnisses gesprochen werden (Dachs 2009: 5).

Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass Bevölkerungsumfragen in der Schweiz bis zu Beginn der 1980er-Jahre nicht in einer Fülle vorhanden waren, wie dies heut-

zutage nicht zuletzt durch die systematische Einbindung der Schweiz in internationale Umfrageprojekte der Fall ist. Sofern Erhebungen in der Folge von Volksabstimmungen und nationalen Wahlen durchgeführt wurden, standen zudem stärker die Motivlagen der jeweiligen Wahl- bzw. Abstimmungsentscheidung und weniger die persönlichen Einstellungen gegenüber dem politischen System im Mittelpunkt des analytischen Interesses. Dies mag auch erklären, weshalb nur wenige datengesättigte empirische Beiträge zu Bestandteilen der politischen Kultur der Schweiz vorliegen und ein breit angelegtes Forschungsprogramm kein allzu grosses Entwicklungspotenzial in sich barg. Die Beiträge fokussieren zudem jeweils nur bruchstückhaft auf einzelne Bestandteile der politischen Kultur der Schweiz (Brunner und Sgier 1997; Freitag 2001; Longchamp und Rousselot 2010; Scheidegger und Staerklé 2011; Widmer und De Carlo 2010).

Schliesslich beziehen sich die Aussagen der politischen Kulturforschung in erster Linie auf die Mitglieder und politische Gemeinschaft einer *Nation* (Almond und Verba 1963: 13). Dem steht die vermeintliche Segmentierung politischer Kultur in der Schweiz gegenüber (Linder und Steffen 2006: 20). Die drei Sprachräume der Deutschschweiz, der Romandie und des Tessins sind politisch weitgehend autonome und vergleichsweise voneinander abgeschlossene Systeme, «die mit dem Rücken zueinander stehen» (Steiner 2001: 145). Verschiedene Studien zeigen hier, dass die drei Sprachregionen mit Blick auf zivilgesellschaftliche und kulturelle Aspekte ihren Nachbarländern Deutschland, Italien und Frankreich bisweilen ähnlicher sind als ihren innerschweizerischen Nachbarn und damit die Binnenhomogenität der Schweizer politischen Kultur zumindest infrage stellen (Freitag und Stadelmann-Steffen 2008; Kriesi et al. 1996).

Diese Beobachtungen bilden den Ausgangspunkt der vorliegenden Abhandlung zur politischen Kultur in der Schweiz. Politische Kulturforschung wird in unserem Zusammenhang mit der subjektiven Seite von Politik in Verbindung gebracht und beschäftigt sich mit den politischen Überzeugungen von Individuen (Pickel und Pickel 2006). Im Folgenden wird politische Kultur dementsprechend nicht als hoch entwickelte Kultiviertheit politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung definiert. Vielmehr wird politische Kultur im Anschluss an die von Almond und Verba (1963) begründete Forschungstradition als die über die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft ermittelte *Gesamtheit der Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik und politischen Objekten* verstanden.<sup>1</sup> In diesem Sinn bildet das Einstellungskonzept die Grundkategorie in der vorliegenden Analyse politischer Kultur (Gabriel 2008: 182). Während politische Einstellungen zudem als Eigenschaften von *Individuen* gedeutet werden können, bezeichnet politische Kultur als *kollektives* Merkmal ein Verteilungsmuster individueller Einstellungen der Menschen einer politischen Gemeinschaft. Vor diesem Hintergrund interessieren in erster Linie die Verhältnisse im Aggregat und weniger Erkenntnisse über die Orientierungen einzelner Personen.

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Verständnis von politischer Kultur befreit die Begrifflichkeit zwar von normativen Aufladungen, hat aber auch Einschränkungen zur Folge. So erreicht eine Abfrage politischer Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen nicht jene historischen Tiefenstrukturen, die eine politische Kultur prägen und die gemessenen individuellen Überzeugungen erklären können (Rohe 1990, 1996). Im Wissen um ein alternatives wissenschaftsimmanentes wie alltägliches Vorverständnis politischer Kultur erscheint der hier konzipierte Pudding für manch einen bisweilen denn auch als eine schwer zu verdauende Kost. Zudem schliesst ein derartiges analytisches Begriffsverständnis die Erforschung politischen Handelns aus. Politisches Verhalten mag zwar aus diesen Einstellungen rekurrieren, gehört aber per Definition nicht zur politischen Kultur (Pickel und Pickel 2006: 58; Seitz 1997: 270; Westle 2010: 307). Damit folgt der vorliegende Beitrag den Gepflogenheiten der internationalen politischen Kulturforschung und rückt von der spezifisch schweizerischen Tradition der Analyse gesellschaftlicher Konfliktlinien als Grundlegung des Wahl- und Abstimmungsverhaltens unter dem Etikett der politischen (Abstimmungs-)Kultur ab (siehe hierfür z. B. Linder et al. 1991; Linder und Steffen 2006; Seitz 1997).<sup>2</sup> Schliesslich finden Einstellungen zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen wie der Wirtschaft und der Religion, Erziehungsstilen und -zielen sowie sittlichen Grundüberzeugungen keinen Eingang in die Analyse.

Zusammengefasst beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit der Darlegung der Verteilungsmuster einiger Orientierungen der Schweizer Bevölkerung gegenüber dem politischen System. Soweit es die Datenlage erlaubt, werden auch die politischen Kulturbestände der Kantone erörtert. Hierfür werden im nächsten Abschnitt zunächst die Kerngedanken der politischen Kulturforschung präsentiert. Im weiteren Verlauf werden Messungen und Datenbestände politischer Kultur diskutiert und die Lage der Schweiz in vergleichender Perspektive illustriert. Ein Fazit rundet die Betrachtungen ab.

## 2 Politische Kultur als Forschungsgegenstand

Der Begriff der politischen Kultur wird erstmalig von Almond (1956: 396) in den 1950er-Jahren in die Politikwissenschaft eingeführt. Die empirische politikwissenschaftliche Kulturforschung basiert in ihren wesentlichen Grundzügen freilich auf den Arbeiten von Almond und Verba (1963) und deren Studie *The Civic Culture* (Reisinger 1995; Seitz 1997). Für die bis dahin erste systematische Beobachtung der Bevölkerung als politischem Korpus waren wissenschaftsinterne Gründe wie auch politische Entwicklungen von Belang. Neben dem Aufkommen systemtheoretischer Konzepte, der Verbreitung des Behaviourismus und der Entwicklung der Umfrageforschung lag eine wesentliche Antriebskraft in der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit ihren totalitären Regimen in Deutschland, Russland und Italien (Westle 2010).

Mit institutionellen und modernisierungstheoretischen Sichtweisen konnte nämlich nicht erklärt werden, weshalb manche strukturell ähnlich entwickelte Demokratien überlebt hatten und andere nicht. Es bedurfte neuer Überlegungen und Ansätze, um die Bedingungen der Systemstabilität zu erörtern. Almond und Verba (1963) suchten diese Faktoren in den Orientierungen der Bevölkerung gegenüber der Politik. Von besonderer Bedeutung war, wie die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft die institutionelle Architektur einschätzten, wie sie deren Leistungsfähigkeit beurteilten und ob sie gewisse Bürgertugenden aufwiesen.

Das vor diesem Hintergrund entwickelte Forschungsprogramm der politischen Kultur von Almond und Verba (1963, 1980) fusst auf den folgenden Kerngedanken (Fuchs 2007: 163; Linder und Steffen 2006: 32; Pickel und Pickel 2006: 58):

1. Zentral für die Stabilität eines (demokratischen) politischen Systems ist die übereinstimmende Beziehung zwischen politischer Struktur und politischer Kultur, d. h.: zwischen den Orientierungen der Bevölkerung gegenüber der Politik und dem Institutionengefüge.
2. Die politische Kultur einer politischen Gemeinschaft gründet sich auf den politischen Einstellungen ihrer Mitglieder.
3. Diese mehr oder weniger unabänderlichen politischen Einstellungen, Meinungen und Überzeugungen sind das Ergebnis früher Kindheitssozialisation, Erziehung, Medieneinfluss und Erfahrungen im Erwachsenenleben mit den Leistungen des politischen Systems. Eine direkte Folge davon ist, dass sich Kernelemente der politischen Kultur nicht kurzfristig, sondern nur durch langjährige Lernprozesse und den Austausch von Generationen ändern können.
4. Politische Kultur ist ein Phänomen der Makroebene. Allein als Kontextphänomen vermag politische Kultur die Systemstabilität zu steuern.
5. Die grundlegenden Informationen zur politischen Kultur werden den persönlichen Einstellungen entnommen, um diese dann auf die Makroebene zu überführen.

Politische Kultur definieren Almond und Verba (1963: 13) als «*the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation*», wobei zwischen vier politischen Objekten und drei Orientierungen unterschieden wird. Zu Letzteren zählen die Autoren *kognitive* (Wissen und Wahrnehmungen), *affektive* (positive wie negative Gefühle) und *evaluative* (moralisch fundierte Beurteilungen) Einstellungsarten. Mit Blick auf die Einstellungsobjekte umfasst das *System als Ganzes* die (nationale) politische Gemeinschaft und die Spielart der Herrschaftsordnung. Unter *Input* werden die Institutionen rubriziert, mittels derer die Bevölkerung Forderungen und Wünsche an die Politik herantragen kann (Parteien und Interessengruppen). *Output* befasst sich mit den konkreten Leistungen der Politik und mit den an ihrer Umsetzung beteiligten Institutionen und Akteuren (Regierung, Verwaltung, Parlament und Gerichtswesen). Beim Objekt *Selbst als*

*politischer Akteur* richtet sich der Blick auf die Einschätzungen der Individuen hinsichtlich ihrer politischen Kompetenz und politischen Teilhabe. Aus der Zusammenlegung von Einstellungsarten und Einstellungsobjekten resultiert eine Matrix, anhand derer sich die jeweilige politische Kultur identifizieren lässt.

Kritische Anmerkungen und die Weiterentwicklung des Forschungsprogramms durch die Arbeiten von Easton (1965, 1975) führten zu konzeptionellen Nachbesserungen früherer Überlegungen (Fuchs 2007; Gabriel 2008: 182–183). Was die Orientierungsobjekte betrifft, rekurriert die politische Kulturforschung deshalb seit einiger Zeit auf die Dreiteilung der *System-, Policy- und Prozess-Kultur*. Eine besondere Bedeutung hinsichtlich des Systemerhalts wird den Einstellungen gegenüber dem politischen System beigemessen, wobei Aussagen über das exakte Niveau an Unterstützungsleistungen unterbleiben. Die *Systemkultur* umfasst mit den Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft zwei Elemente. Während das politische Regime auf grundlegende Charakteristika politisch-institutioneller Ordnungen abzielt (Grundrechte, Herrschaftsordnung), symbolisiert die politische Gemeinschaft die Einheit, der sich die Individuen zugehörig fühlen und der sie sich loyal verbunden zeigen (Nation, Region, Ethnie). Ein zweites Bündel an Orientierungen richtet sich auf die *Policy-Aspekte* der Politik, also auf die Inhalte politischer Entscheidungen. Beispiele wären Einstellungen zu Entscheidungen über die Kernenergie, über die Öffnung des politischen Systems oder über die Ausländerpolitik. Schliesslich machen alle Einstellungen zum Prozess der Politikgestaltung, zur Artikulation wie zu den Forderungen und zur Durchsetzung verbindlicher Entscheidungen die *Prozesskultur* aus. An der Politikgestaltung sind verschiedene Akteure beteiligt, die das Meinungsbild des Individuums beeinflussen können: Die Spanne reicht vom Wähler über politische Organisationen wie Parteien und Verbände, Massenmedien und Gerichte bis hin zu Regierung, Parlament und Verwaltung.

Auf Ebene der Einstellungen wird das Konzept der politischen Unterstützung seit den Studien von Easton (1965, 1975) systematisiert und in eine spezifische und eine diffuse Einschätzung unterteilt. Während sich die spezifische politische Unterstützung allein auf die Herrschaftsträger bezieht und bisweilen erheblichen Schwankungen unterworfen ist, bleibt die diffuse politische Unterstützung ohne das Eintreten massiver Ereignisse (Kriege, politische und ökonomische Krisen) weitgehend stabil und stellt auf alle Einstellungsobjekte ab. Der diffusen Unterstützung kommt zudem auch eine Schlüsselrolle bezüglich der Legitimität und Stabilität des politischen Systems zu: Diese Unterstützungsart ermöglicht die Stabilität politischer Systeme trotz Unzufriedenheit mit zeitweiligen Leistungsdefiziten der politischen Akteure (und damit einhergehender eingeschränkter spezifischer Unterstützung).

Nach zügiger Rezeption haben die Sichtweisen von Almond, Verba und Easton sehr schnell Eingang in die vergleichende Analyse politischer Systeme gefunden und sich in der empirisch ausgerichteten Sozialforschung seit Jahrzehnten etabliert. Mit zunehmender Popularität des Konzeptes begannen sich aber mitunter

auch dessen Konturen so zu verwischen, dass sich politische Kultur immer mehr zu einem «catch-all-term» entwickelte (Kaase 1983; Reisinger 1995). Nicht zuletzt aus diesem Grund haben von jeher auch kritische Stimmen das Forschungsprogramm der politischen Kulturforschung begleitet, die allein über die individuellen Einstellungen die politische Kultur zu ermitteln versucht und dabei wertfrei vorgeht. Hier kommen v. a. stärker historisch und kulturosoziologisch orientierte Sichtweisen zu Wort und bringen methodischen wie inhaltlichen Tadel an (Pickel und Pickel 2006; Westle 2010). Kritisiert wird etwa die begriffliche Unschärfe und Verengung des Begriffes «politische Kultur». Die alleinige Konzentration auf Einstellungen und Haltungen gegenüber der Politik verharre allzu sehr an der Oberfläche und vernachlässige Tiefenstrukturen, wie die Entwicklung von Weltbildern, Ordnungskonzepten und sprachlich konstruierten politischen Realitäten, im Sinn eines umfassenderen Kulturkonzeptes (etwa Rohe 1996). Die politische Kulturforschung sollte sich in dieser Sichtweise stärker der Ermittlung komplexer Vorstellungen hingeben, statt sich allein auf das reine Abfragen und Aufsummieren momentaner Einzelmeinungen und Einstellungen zu konzentrieren. Neben der Formulierung dieser *konzeptexternen* Kritik werden aber auch immer wieder *konzeptimmanente* Unzulänglichkeiten des Forschungsprogramms angemahnt, die in erster Linie die konzeptionelle Architektur der politischen Kultur anhand wenig trennscharfer Indikatoren der einzelnen Orientierungsobjekte hinterfragen (Westle 2010). Insofern gibt es hinsichtlich der Operationalisierung des Konzeptes keinen unwidersprochenen Vorschlag zur Messung politischer Kultur.

### 3 Messung und Datenlage

Die Messung der politischen Kultur und die damit verknüpften Methoden der Datenerhebung hängen in entscheidendem Masse vom Analysezugang ab und können zwischen idiografischen Verfahren der Dokumentenanalyse (anhand von Schulbüchern, Sagen, Sprichwörtern, Leserbriefen, Liedgut usw.), teilnehmender Beobachtung und der standardisierten Bevölkerungsbefragung variieren (Berg-Schlosser 1972). Während stärker idiografische Verfahren mit einer grösseren Sensibilisierung des Einzelaspektes einhergehen, erlauben quantitative Zugänge die Erhebung von Meinungsbildern zahlreicher Individuen über die Zeit hinweg und ermöglichen auf diese Art und Weise auch systematisch komparativ angelegte Untersuchungen.

Die empirische Auseinandersetzung mit dem Konzept der politischen Kultur mittels Befragungsdaten konzentriert sich insgesamt weniger auf die Verteilung politischer Orientierungen zur Erfassung differenzierter Kulturtypen als vielmehr auf die Legitimität von Herrschaftsformen, politischen Institutionen und Akteuren sowie dem Individuum in seiner politischen Rolle (Westle 2010: 314). Im Analysefokus stehen damit mehrheitlich Formen der politischen Unterstützung in der Tra-

dition von Easton (1965, 1975). Welche konkreten Indikatoren zur Messung der vielfältigen kognitiven, evaluativen und affektiven Orientierungen herangezogen werden, ist innerhalb der Umfrageforschung nach wie vor Gegenstand intensiv geführter Debatten (Westle 2010). Sofern die Auswahl der Orientierungsobjekte überhaupt einer Systematik folgt, geschieht dies meist entlang den klassischen Objekten «System als Ganzes», «Output», «Input» und dem «Selbst als politischem Akteur». Neuere Zugänge richten sich in ihrer Auswahl der Indikatoren überdies an der Dreiteilung von System-, Prozess-, und Policy-Kultur aus (Almond und Verba 1980; Gabriel 2008).

Mit Blick auf die Informationsbasis gilt es zunächst festzuhalten, dass sich die Datenlage in den letzten zwei Jahrzehnten stark verbessert hat. Dies gilt sowohl hinsichtlich nationaler Datenbestände als auch international vergleichender Erhebungen, auf deren Basis ertragreiche komparativ angelegte Forschungen zur politischen Kultur durchgeführt werden können. Zu den wichtigsten nationalen Datenbeständen zählen in der Schweiz die VOX-Nachbefragungen (seit 1977), die Swiss Electoral Studies (seit 1995) und das Schweizer Haushaltspanel (seit 1999). Der besondere Zugewinn dieser Schweizer Umfrageprogramme liegt in der Wiederkehr der Erhebungen nach einem vorgegebenen Zeitraster im Sinn eines Trend- oder Paneldesigns. Zu den bedeutendsten international vergleichenden Befragungen mit (un-)regelmässiger Schweizer Beteiligung gehören die Weltwertestudie (World Values Survey, seit 1981), der European Social Survey (seit 2002), das International Social Survey Programme (seit 1984) und das Eurobarometer (seit 1973).

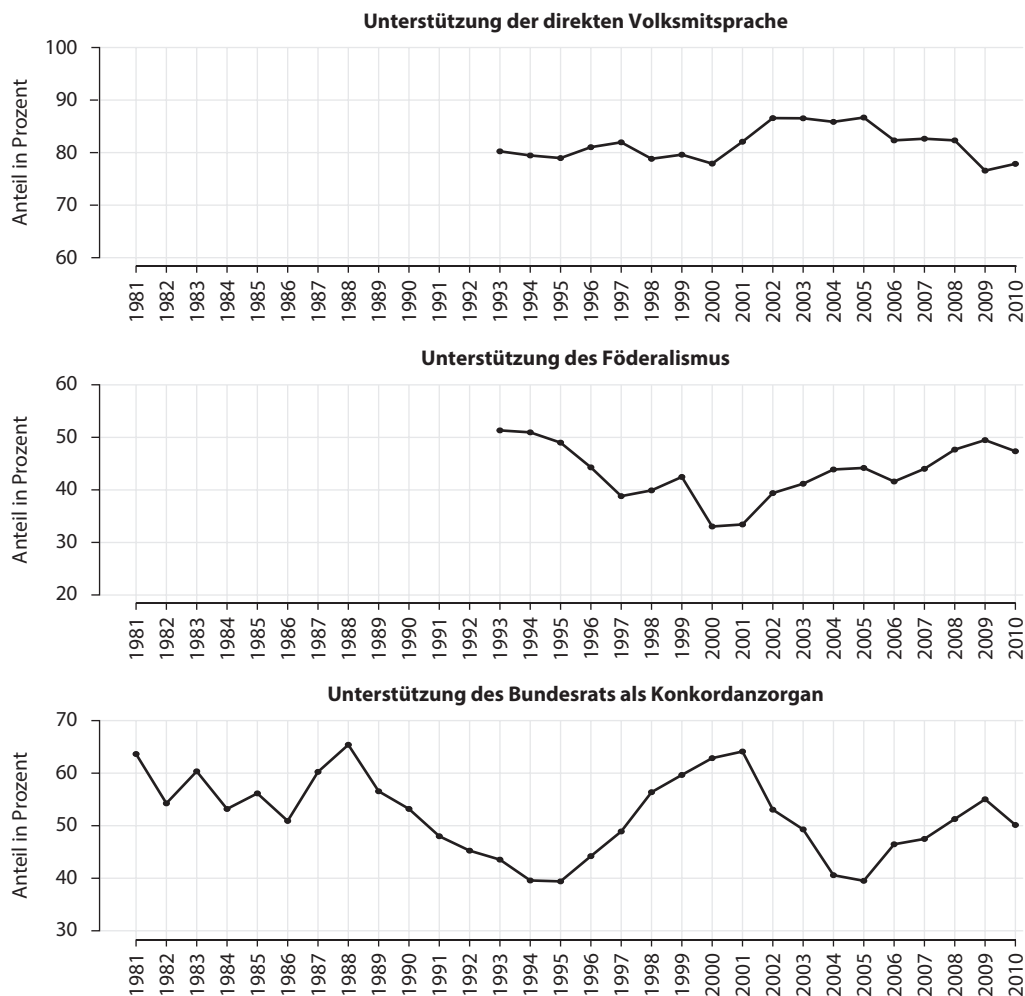
Der vorliegende Beitrag möchte sich in den Auswertungen auf einige Kernelemente der politischen Kultur in der Schweiz konzentrieren. Dabei wird, wenn immer möglich, sowohl eine diachrone als auch eine synchrone Betrachtungsweise eingenommen. Die Querschnittbetrachtungen vergleichen die Schweiz mit europäischen Ländern oder mit OECD-Staaten. Darüber hinaus wird der Vorteil der föderalistischen Schweiz zu interkantonalen Betrachtungen politischer Kultur ausgespielt. Im Mittelpunkt des analytischen Interesses stehen dabei Elemente der System- und der Prozesskultur zwischen 1981 und 2011.<sup>3</sup> Neben Einstellungen zur Herrschaftsform und der politischen Gemeinschaft (Nation, Sprachregion, Kanton und Gemeinde) finden Orientierungen zu verschiedenen politischen Institutionen (Regierung, Parlament, Justiz, Polizei, Verwaltung, kantonale und lokale Behörden, Parteien, Interessengruppen, Politiker) und zur politischen Rolle des Wahl- und Stimmbürgers (Parteiidentifikation, politisches Interesse, politische Kompetenz, politischer Einfluss) Eingang in die empirische Darlegung der politischen Kultur der Schweiz.

## 4 Politische Kultur der Schweiz im Vergleich

Für die Periode zwischen 1999 und 2011 kann bezogen auf die *Systemkultur* zunächst festgestellt werden, dass die Schweizerinnen und Schweizer seit der Jahrtausendwende mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert, im Schnitt ziemlich zufrieden sind. Die Zufriedenheit nimmt dabei mit den Jahren tendenziell eher zu. Mit Blick auf die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft zeigen sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger in jüngster Zeit zudem eher stolz auf ihr Land. Wird nach der Identifikationsebene in der föderalistischen Schweiz unterschieden, erreicht die Verbundenheit mit dem Land, der Sprachregion, dem Kanton und der Gemeinde über die letzten Jahre konstant hohe Ausmasse, wenngleich die Bande zur Nation mit am stärksten ausgeprägt zu sein scheinen.<sup>4</sup>

Die Besonderheit des schweizerischen politischen Systems liegt aber unumstritten im Dreiklang der machtteilenden Elemente Konkordanz, Föderalismus und direkte Demokratie (Linder 2012). Die darin angelegten Verfahrensweisen zur politischen Entscheidungsfindung finden einen überzeugenden Rückhalt in der Bevölkerung (Abbildung 3.1). Eine besonders hohe Unterstützung erfahren dabei die Volksrechte. Im Schnitt wünschen sich über 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung eine starke Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozess. Longchamp und Rousselot (2010: 249) berichten zudem, dass 79 Prozent die Volksrechte als wichtiges Korrektiv der Volksvertreter erachten. Ferner unterstützen im Mittel zwischen 45 und 55 Prozent den Föderalismus als die präferierte Form staatlicher Architektur und sehen im Bundesrat ein Organ der Konkordanz, das in seiner Politik eher Allgemein- statt Sonderinteressen verfolgt. Die im Vergleich zur direkten Volksmitsprache eher unstedt verlaufende Unterstützung von Föderalismus und Konkordanz lässt sich mitunter auf politische Entwicklungen zurückführen. Die zunehmende Europäisierung und Globalisierung findet etwa bis zur Jahrtausendwende ihren Ausdruck im Wunsch nach einer stärkeren und handlungsfähigen Zentralregierung angesichts zunehmender internationaler Herausforderungen. Lanciert durch die neue Bundesverfassung Mitte der 1990er-Jahre beendend indes Verhandlungen zur Neuregelung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) die Baisse subnational-kantonalen Relevanz in der eidgenössischen Politikgestaltung. Sinkende Unterstützungen des Bundesrates als Instanz der Konkordanz in den 1990er-Jahren wiederum lassen sich mitunter mit der Ablehnung des EWR-Beitritts (1992) und dem Scheitern der anvisierten Regierungsreform (1996) in Verbindung bringen. Während der erfolgreiche Prozess und der Abschluss der bilateralen Verträge mit der EU dem Bundesrat als Hüter des Allgemeinwohls Ende der 1990er-Jahre dann wieder hohe Werte der Zustimmung einbringen, führen vermutlich nicht zuletzt die Irrungen und Wirrungen um die Legitimität und Auslegung der Zauberformel in Form der Nichtwiederwahl von Ruth Metzler und die Inauguration von Christoph Blocher zu temporären Einbussen in der politischen Unterstützung.



**Abbildung 3.1:** Unterstützung von direkter Demokratie, Föderalismus und Konkordanz, 1981–2011

Fragestellung: «Ich möchte Ihnen jetzt einige Fragen zu verschiedenen Aspekten der schweizerischen Gesellschaft stellen. Für jeden Aspekt bitte ich Sie zu antworten, was Sie sich für die Schweiz wünschen. Antworten Sie bitte, indem Sie uns die Zahl angeben, die Ihrer Meinung am ehesten entspricht. Wenn Sie mit dem ersten Teil der Vorgabe übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 1 oder nahe bei 1. Wenn Sie mit dem zweiten Teil der Vorgabe übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 6 oder eine Zahl nahe bei 6. (1) Was wünschen Sie sich für eine Schweiz? Eine Schweiz mit Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an den wichtigen Entscheidungen der Regierung oder eine Schweiz ohne Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an wichtigen Entscheidungen der Regierung?» (Anteil Katego-

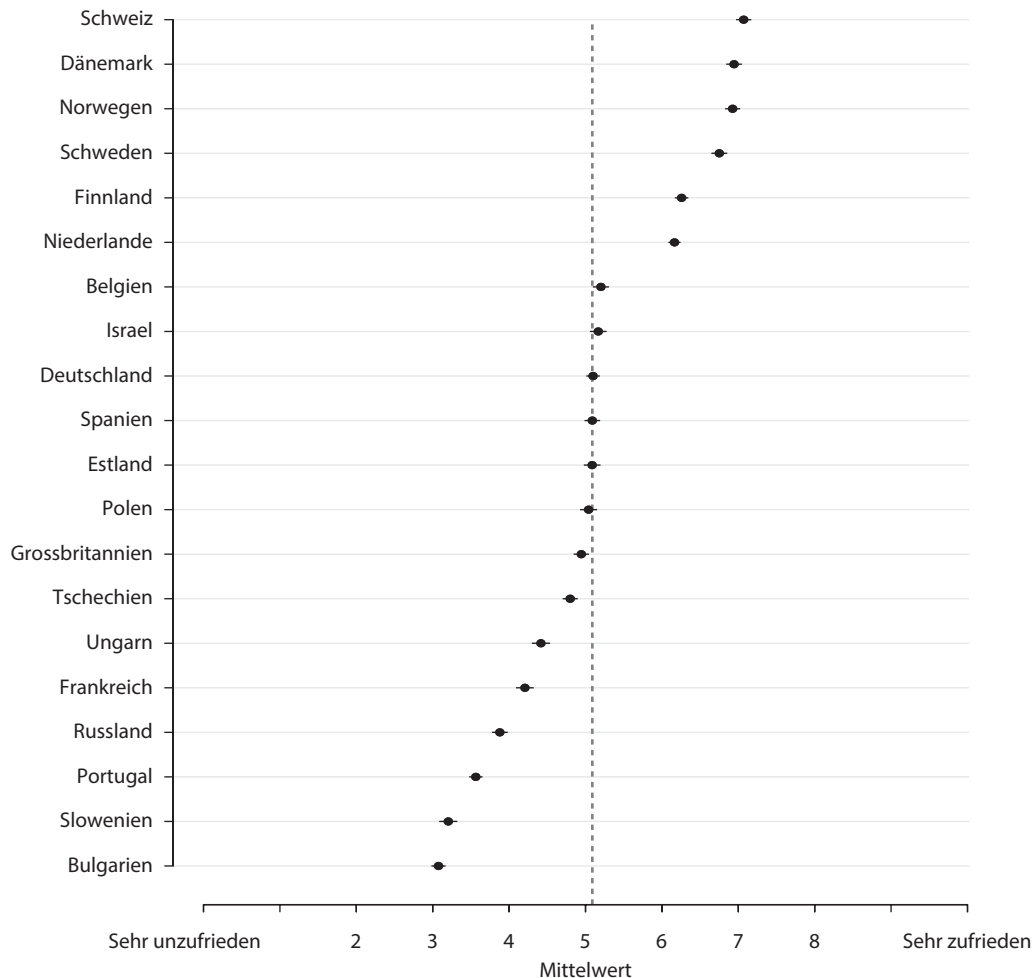
rie 1 oder 2 abgebildet); (2) «Was wünschen Sie sich für eine Schweiz? Eine Schweiz, wo der Bund mehr Macht hat, oder eine Schweiz, in der die Kantone mehr Macht haben?» (Anteile Kategorie 5, 6 oder 7 abgebildet, da 7 Kategorien statt 6); (3) «Ich lese Ihnen jetzt zwei Ansichten vor, die man recht oft über unsere Regierung hören kann. Welcher stimmen Sie am ehesten zu? Die erste Meinung lautet: Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle aller. Und die zweite Meinung lautet: Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk entschieden. Die Regierung kennt unsere Sorgen und Wünsche nicht mehr.» Anteil Zustimmung zur ersten Meinung abgebildet.

Quelle: VoxIt.

Was die Beurteilung der Herrschaftsform angeht, sind neben der Abfrage der Zufriedenheit noch mindestens zwei weitere Aspekte von Belang. Zum einen interessiert die Bewertung des demokratischen Ordnungsmodells gegenüber anderen möglichen Herrschaftstypen (Autokratie, totalitäres Regime). Zum anderen ist die Einschätzung der Entscheidungsfindung und Leistungsfähigkeit des demokratischen Modells von Bedeutung.

Im internationalen Vergleich wie in der Schweiz findet die Demokratie als Ordnungsmodell eine sehr breite Unterstützung. Nichtsdestotrotz offenbart sich eine Varianz zwischen den einzelnen Nationen. Während in Schweden, Norwegen,

**Abbildung 3.2:** Demokratiezufriedenheit im internationalen Vergleich, 2010

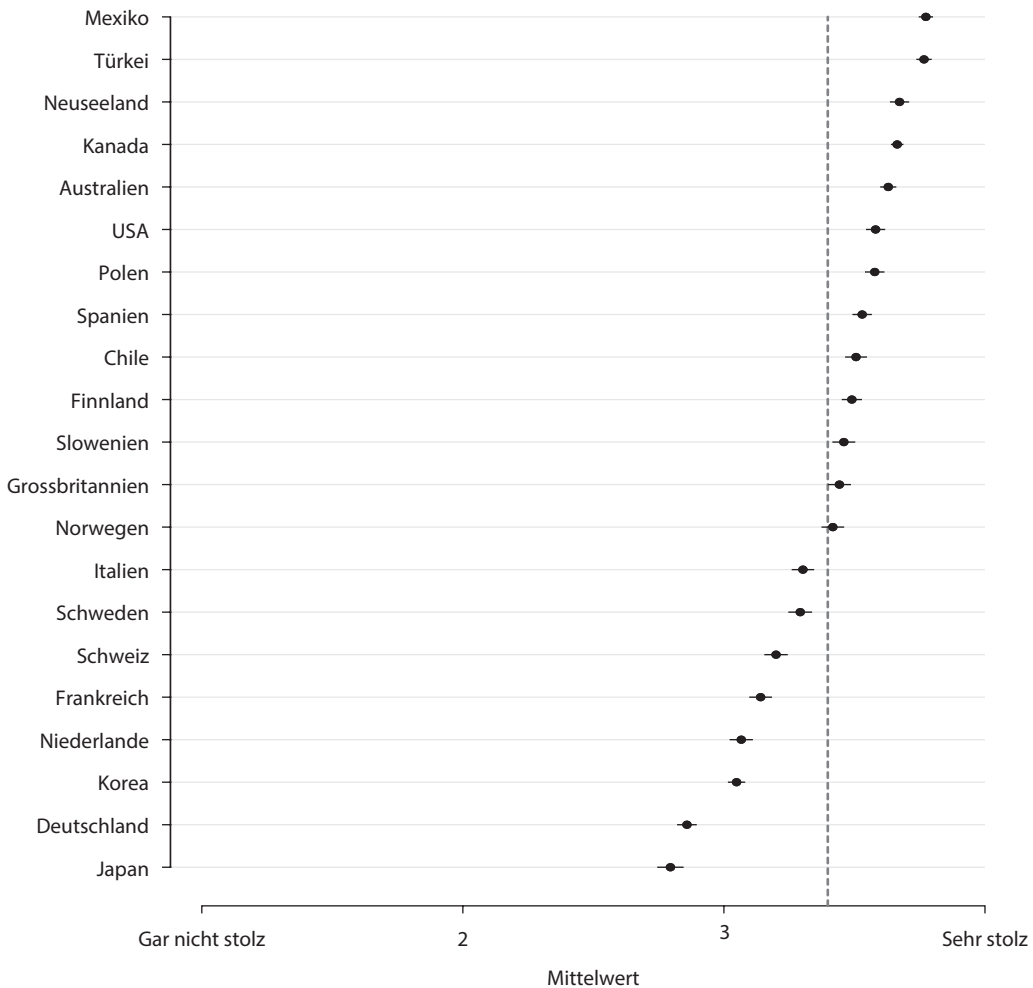


Fragestellung: «Und wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [...] funktioniert? Bitte sagen Sie es mir noch einmal anhand von Liste 10.»

Quelle: ESS 2010.

Italien, der Schweiz, Spanien und Deutschland die Demokratie in der Umfrage der Weltwertestudie aus dem Jahr 2007 eine sehr hohe Akzeptanz genießt, erfährt dieses Ordnungsmodell insbesondere in Japan, Polen und Korea eine weniger hohe (aber immer noch «ziemlich gute») Unterstützung als in den genannten Ländern. Anderen Befunden zufolge könnte sich etwa in Polen jeder Fünfte mit einer Diktatur oder einem starken Führer anfreunden (Gabriel 2008: 188). Hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit führt die Schweiz das europäische Feld an (Abbildung 3.2). Nur in Dänemark, Norwegen und Schweden äussern die Menschen ein ähnlich ausgeprägtes Wohlbehagen zur Art und Weise, wie die Demokratie abläuft. Nach den Informationen des European Social Survey aus dem Jahr 2010 zeigen sich v. a. die Bulgaren, die Slowenen und die Portugiesen unzufrieden mit ihrer Demokratie. Aber auch in Russland, Frankreich, Ungarn und Tschechien machen die Befragten Abstriche, wenn es um die Funktionalität ihrer Demokratie geht. In der Schweiz wird schliesslich auch das Regieren als sehr demokratisch angesehen. Nur in Norwegen äussern sich die Menschen im World Values Survey 2007 noch vorteilhafter über die Entscheidungsfindungen. Weniger demokratisch regiert wird in den Augen der Befragten insbesondere in Polen, Italien, Slowenien und der Türkei. Die Auswertungen zur Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft als weiterem Element der Systemkultur lassen die folgenden Schlüsse zu: Der Nationalstolz ist in der Schweiz im internationalen Vergleich nicht sonderlich ausgeprägt (Abbildung 3.3). Zwar sind die Schweizerinnen und Schweizer stolz auf ihr Land (und dies mehr als etwa die deutschen und französischen Nachbarn). Jedoch rangieren die Eidgenossen im Jahre 2007 eher im hinteren Drittel der internationalen Rangliste der Weltwertestudie. Mexikaner, Türken, Neuseeländer, Kanadier, Australier, Amerikaner, Polen und andere mehr zeigen sich allesamt stolzer auf ihre Nation.

Nach den bisher vorgestellten Ergebnissen zeichnet sich das Verhältnis der Schweizer Bevölkerung zur Politik im Vergleich mit anderen Ländern durch eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung zur Herrschaftsordnung aus. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Verteilung dieser Orientierungen innerhalb der föderalistischen Willensnation Schweiz. Der Blick auf die Demokratiezufriedenheit zeigt, dass die 26 Kantone eng zusammen- und keine beachtenswerten Unterschiede vorliegen. Basel-Landschaft führt die interkantonale Rangliste an, etwas weniger Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie vonstattegeht, zeigt die Bevölkerung von Glarus im Vergleich zu den anderen Ständen. Ein ähnliches Bild der Homogenität vermitteln die einzelnen Aspekte der Identifikation mit der nationalen wie subnationalen Gemeinschaft, wenngleich die einzelnen Kantone durchaus in ihren Werten je nach Bezugsobjekt kleinere Unterschiede erkennen lassen. Zudem zeigen die Westschweizer Kantone in der Regel in den Einstellungen zur Zugehörigkeit zur jeweiligen politischen Gemeinschaft und in der Zufriedenheit mit der Demokratie geringere Werte als die Deutschschweizer Kantone und das Tessin.

**Abbildung 3.3:** Nationalstolz im internationalen Vergleich, 2007

Fragestellung: «Sind Sie stolz darauf, [...] zu sein?»

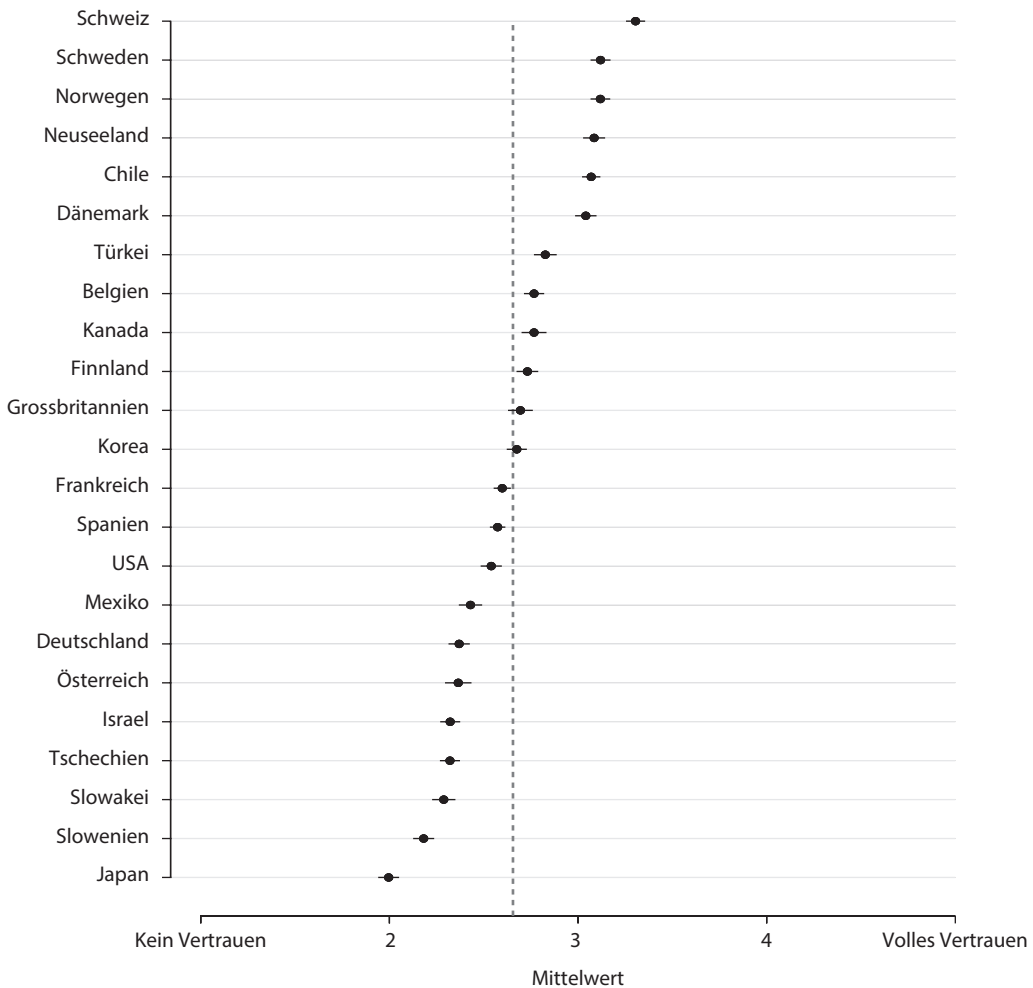
Quelle: WVS 2007.

Mehr noch als durch die vergleichsweise abstrakten Konzepte von Demokratie und Nation werden die Alltagserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger durch das Handeln von Akteuren innerhalb politischer Institutionen berührt. Eine besondere Bedeutung wird dabei im Rahmen der *Prozesskultur* der Unterscheidung zwischen rechts- und parteistaatlichen Institutionen beigemessen (Gabriel 2008: 194; Longchamp und Rousselot 2010). Parteistaatliche Institutionen beheimaten unterschiedliche Interessen und Wertvorstellungen sowie daraus resultierende politische Konflikte, die den politischen Entscheidungsprozess begleiten. Rechtsstaatliche Institutionen hingegen haben die Funktion, soziale Konflikte verbindlich zu regeln und die Befolgung von Gesetzen zu garantieren. Ihre Aktivität ist in der Regel

befreit von parteipolitischen Kontroversen. Während die Einstellungen zu parteistaatlichen Institutionen stark durch individuelle und gruppenspezifische Gelüste geprägt sind, werden die Orientierungen gegenüber rechtsstaatlichen Institutionen eher von allgemein verbindlichen Werten und Normen durchdrungen. Polizei und Gerichte nehmen dementsprechend auch regelmässig Spitzenplätze in der Vertrauenshierarchie ein, gefolgt von Regierungen und Parlamenten (Freitag 2001; Listhaug und Wiberg 1995).

Der Blick auf die einzelnen Facetten der Prozesskultur bestätigt diese Überlegungen im Schweizer Kontext. Es zeigt sich, dass der Justiz und der Polizei das höchste Vertrauen entgegengebracht wird. Danach folgen der Bundesrat, die lokalen und kantonalen Behörden und das Parlament. Mit etwas Abstand folgen die Parteien, denen unter den eben genannten Institutionen am ehesten noch mit Misstrauen auf vergleichsweise hohem Niveau begegnet wird. Die relativ umstrittene Rolle der Parteien in der Schweiz schlägt sich auch in den Auswertungen zur Parteibindung nieder: Die Mehrheit gibt an, in den letzten 15 Jahren keiner Partei besonders nahezustehen. Im Jahr 2011 pendelt sich der Wert bei etwa 40 Prozent ein, die sich gefühlsmässig an eine Partei anbinden. Das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik wird darüber hinaus durch das selbst attestierte politische Interesse und die zugeschriebene politische Kompetenz offenbar. Das politische Interesse schafft die Grundlage, dass sich der Einzelne mit politischen Sachfragen auseinandersetzt und bei Bedarf politisch aktiv wird (Gabriel 2008: 201). Politisches Interesse mündet aber insbesondere dann in politische Beteiligung, wenn die Bürger davon überzeugt sind, politische Sachverhalte zu verstehen und durch ihr Wirken auf diese Einfluss nehmen zu können. In der Schweiz zeigen sich die Menschen zwischen 1995 und 2011 im Schnitt durchaus politisch interessiert. Sie sind darüber hinaus auch eher der Meinung, dass man durch Wahlen Einfluss auf die Politik nehmen kann, da es sehr wohl einen Unterschied macht, wer gewählt wird.<sup>5</sup>

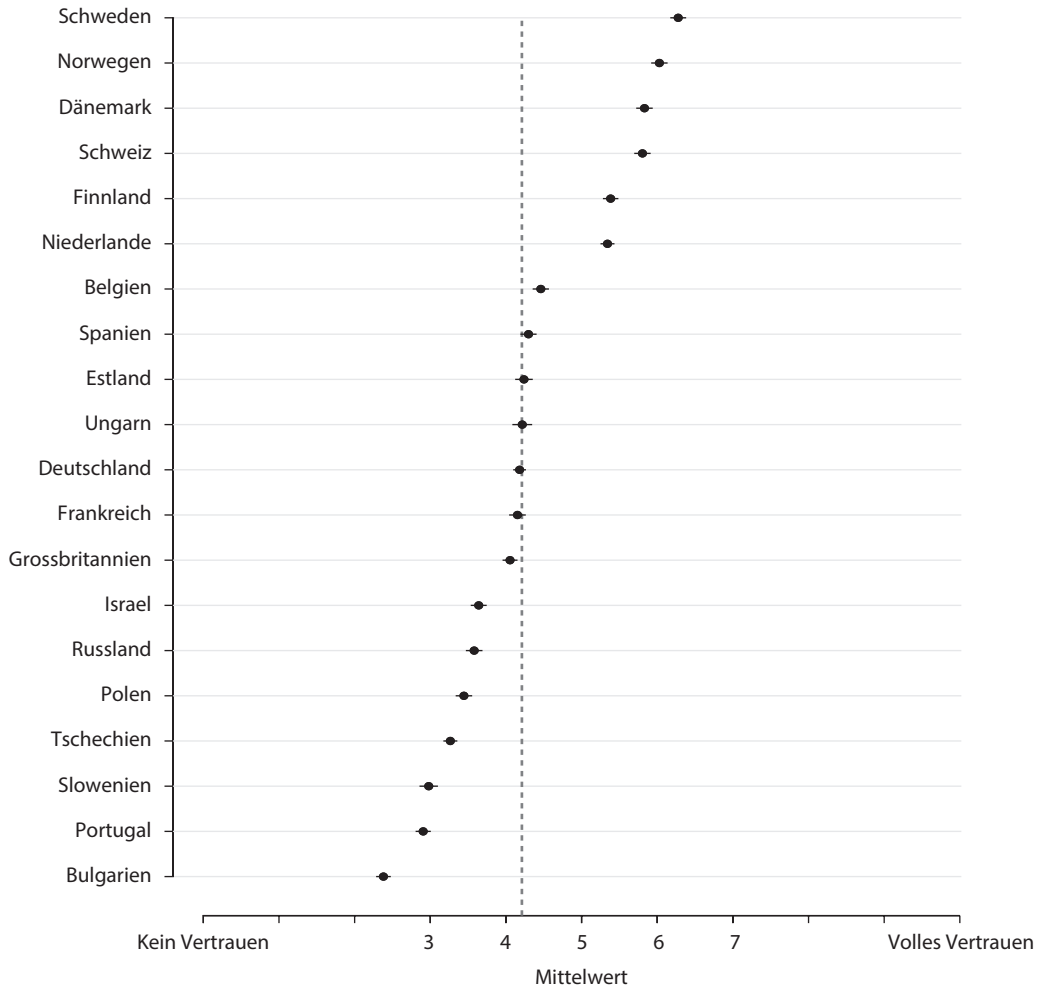
Die europaweite Einordnung der bislang berichteten Entwicklungen der Prozesskultur zeigt, dass die Schweiz durchgängig Spitzenpositionen im Bereich des Vertrauens zu den politischen Institutionen und Akteuren einnimmt, unabhängig von der Erhebungsquelle. Die Schweizerinnen und Schweizer bringen ihrer Regierung und Verwaltung im internationalen Vergleich das höchste Vertrauen entgegen (Werte zur Regierung, Abbildung 3.4). Beim Vertrauen ins Parlament, in die Justiz, in die Polizei und in Interessengruppen, Parteien und Politiker gehört die Schweiz zu den Nationen mit überdurchschnittlich hohen Werten und placiert sich regelmässig unter den höchstklassifizierten Nationen (Abbildung 3.5, Abbildung 3.6 und Abbildung 3.7). Im Vergleich zwischen rechts- und parteistaatlichen Institutionen geniessen Erstere unter den Industrieländern allerdings das höhere Ansehen. Unter den parteistaatlichen Institutionen schneiden Parteien und Politiker am schlechtesten ab. Die Bürger Europas fühlen sich zudem den Parteien in unterschiedlich starker Weise verbunden, am ehesten noch in den skandinavischen Ländern Schweden, Dänemark und Norwegen sowie in den Niederlanden. Die Schweiz

**Abbildung 3.4:** Vertrauen in die Regierung im internationalen Vergleich, 2010

Fragestellung: «Wie viel Vertrauen haben Sie in jede der folgenden Institutionen, Regierung?»

Quelle: ISSP 2010.

rangiert in dieser Form der politischen Anteilnahme gemäss den Auswertungen des European Social Survey des Jahres 2010 hinter diesem Spitzenquartett (Abbildung 3.8).<sup>6</sup> Beträchtliche Vorbehalte gegenüber Parteien bestehen nach den vorliegenden Zahlen u. a. in Tschechien, Israel, Polen und Slowenien. Bezogen auf das politische Interesse zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas sich insgesamt eher mässig für das politische Geschehen interessieren und nur eine Minderheit den politischen Vorgängen überdurchschnittliches Interesse entgegenbringt. Hierzu gehören neben der Bevölkerung in Dänemark, den Niederlanden, Deutschland und Schweden auch die Schweizerinnen und Schweizer. Dagegen ist das poli-

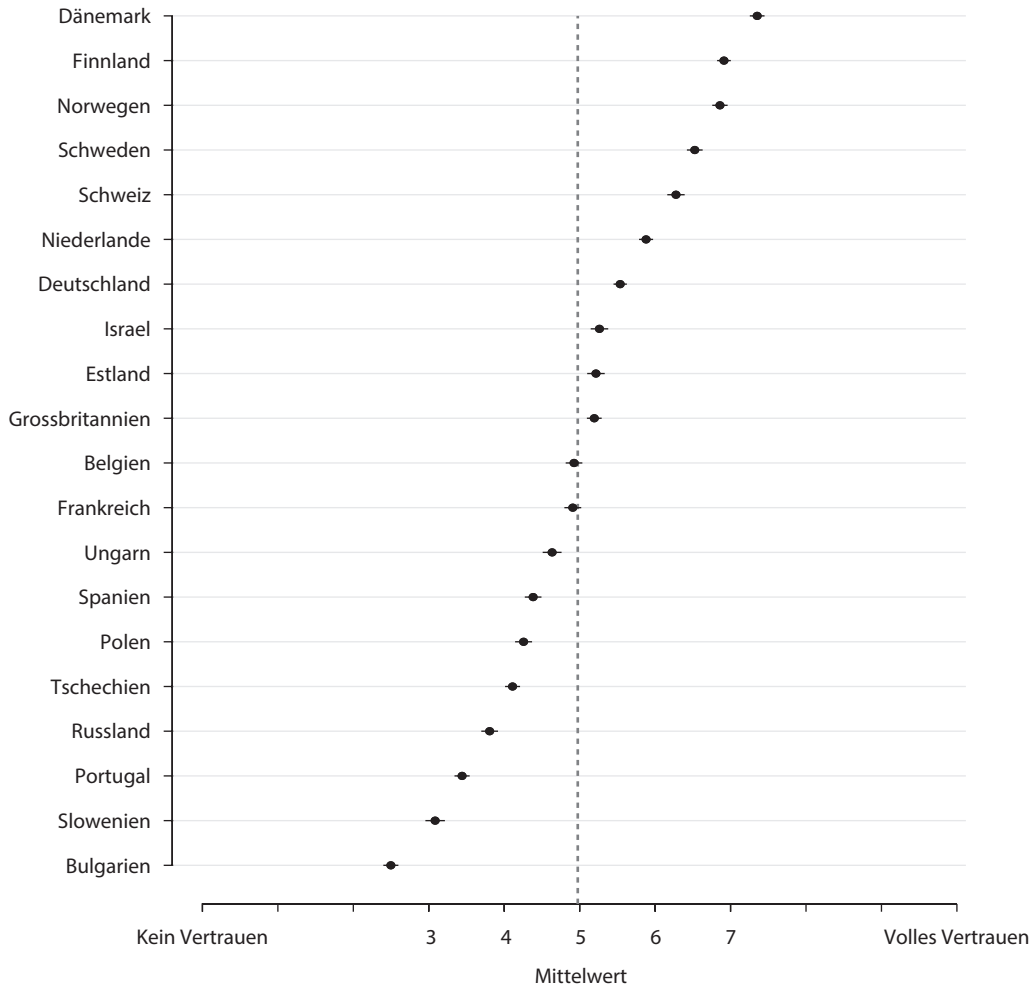
**Abbildung 3.5:** Vertrauen in das Parlament im internationalen Vergleich, 2010

Fragestellung: «Bitte benutzen Sie Liste 8 und sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis

10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit ... dem Parlament?»

Quelle: ESS 2010.

tische Interesse der Tschechen, Portugiesen, Spanier und Ungarn nur schwach ausgeprägt (European Social Survey 2010). Das Gefühl von subjektiver politischer Kompetenz und politischem Einfluss ist bei den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern im Ländervergleich überdurchschnittlich stark entwickelt. Ähnlich hohe Werte politischer Kompetenz weisen Israel, Dänemark, Zypern, Frankreich, Bulgarien, Norwegen und Schweden auf (European Social Survey 2008). Einen starken Einfluss auf die Regierung attestieren sich noch die Bevölkerungen von Japan,

**Abbildung 3.6:** Vertrauen in die Justiz im internationalen Vergleich, 2010

Fragestellung: «Bitte benutzen Sie Liste 8 und sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet,

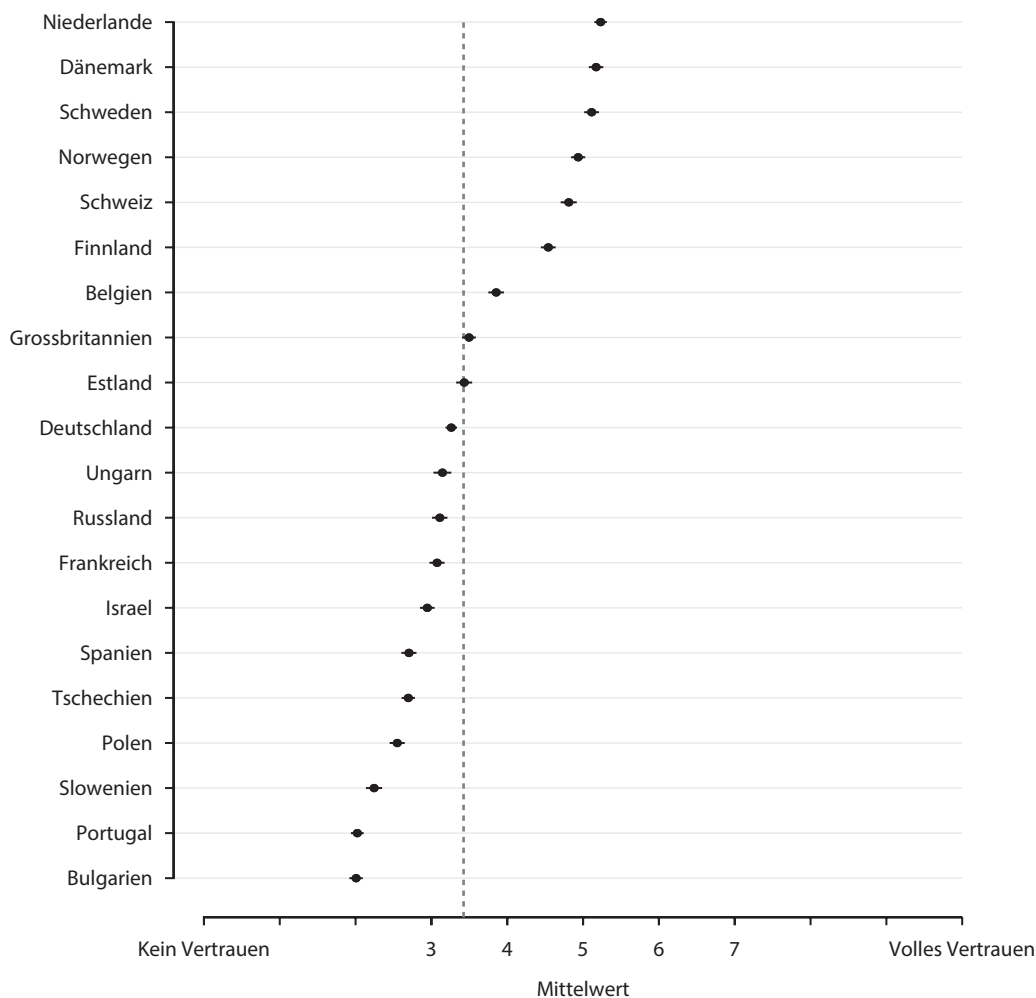
dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit ... der Justiz?»

Quelle: ESS 2010.

Frankreich, Korea und der Vereinigten Staaten (International Social Survey Programme 2006).

Hinsichtlich der Aspekte der Prozesskultur vermittelt der Blick in die Schweizer Kantone, dass insbesondere das Tessin vergleichsweise hohe Werte zeigt, wenn es um das Vertrauen in die Regierung, in das Parlament, in die Justiz, in die Polizei und in die Parteien geht. Das im Vergleich zu den anderen Kantonen robuste politische Vertrauenskapital wird bisweilen als Reflex der Tessiner



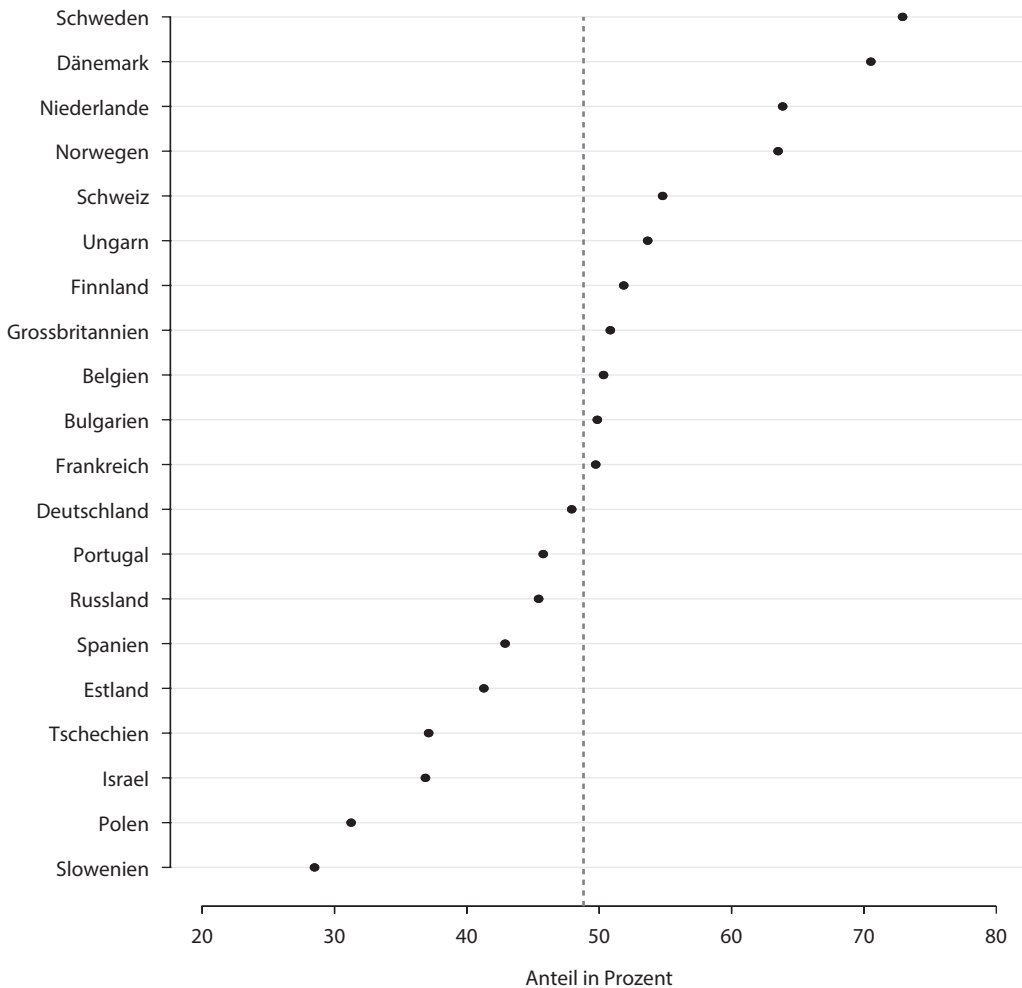
**Abbildung 3.7:** Vertrauen in die Parteien im internationalen Vergleich, 2010

Fragestellung: «Bitte benutzen Sie Liste 8 und sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis

10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit ... den Parteien?»

Quelle: ESS 2010.

gegenüber ihren südlichen Nachbarn verstanden. Verglichen mit der Referenzkategorie Italien schneiden die politischen Institutionen und Akteure der Schweiz in den Augen der Tessiner immer noch besser ab (Freitag 2001: 105).<sup>7</sup> Andere Kantone wie Schaffhausen, das Wallis oder Genf weisen demgegenüber in mehreren Vertrauensaspekten vergleichsweise geringe Werte auf. Auffallend ist bei den Verteilungen zum Vertrauen in die politischen Institutionen der zugeschüttete Röst- oder Polentagraben: Im Gegensatz zu den Elementen der Systemkultur lässt sich

**Abbildung 3.8:** Parteiidentifikation im internationalen Vergleich, 2010

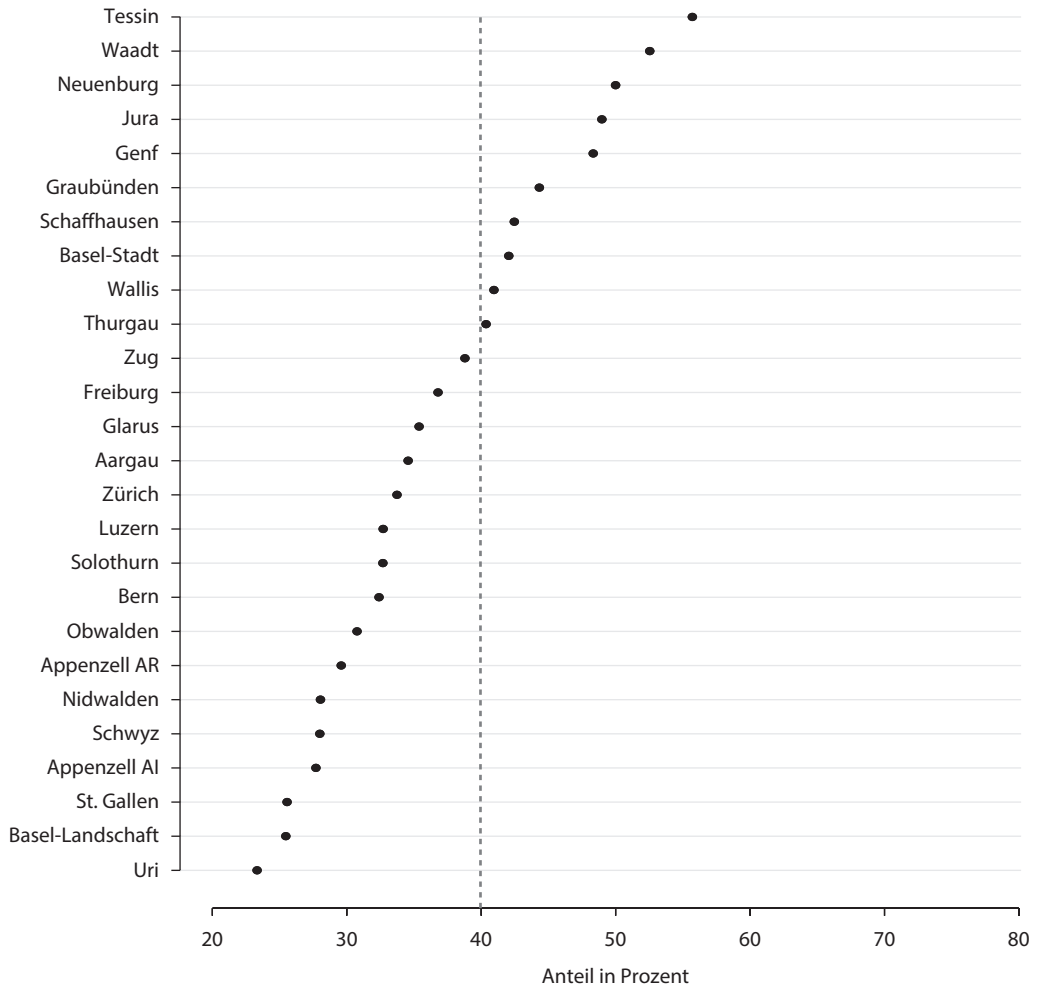
Fragestellung: «Gibt es eine politische Partei, der Sie näherstehen als allen anderen Parteien?»

Quelle: ESS 2010.

bei den partei- und rechtsstaatlichen Institutionen keine eindeutige Teilung der Sprachregionen erkennen.

Viel weniger homogen als die Verteilung zur Demokratiezufriedenheit, zu den politischen Gemeinschaften und zu den politischen Institutionen zeigt sich der interkantonale Vergleich der Parteiidentifikation (Abbildung 3.9). Eine überdurchschnittlich starke Bindung an eine Partei weisen Tessiner, Waadtländer, Neuenburger, Jurassier und Genfer auf. Die Kantone Uri, Basel-Landschaft, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Nid- und Obwalden offenbaren hier die geringsten Ausprägungen. Es drängt sich die Vermutung auf, dass sich hinter dieser markanten

Abbildung 3.9: Parteiidentifikation im interkantonalen Vergleich, 2011



Fragestellung: «Stehen Sie denn einer bestimmten Partei ein wenig näher als den anderen Parteien?»

Quelle: SELECTS 2011.

ungleichen Verteilung die unterschiedlich ausgeprägte direkte Demokratie in den Kantonen verbirgt. Weiterhin zeigen sich die Thurgauer zusammen mit Zugern, Graubündnern und den Einwohnern von Basel-Stadt politisch geringfügig interessierter als die übrigen Schweizerinnen und Schweizer. Wie beim politischen Interesse ist schliesslich auch bei den Gefühlen der politischen Kompetenz und der Chancenbeurteilung der politischen Einflussnahme keine allzu grosse Varianz zwischen den Schweizer Kantonen auszumachen, wengleich tendenziell eher Deutschschweizer Kantone hohe Werte aufweisen. Neuenburger und Jurassier halten die Politik im Durchschnitt für komplizierter als Solothurner und die Bürgerinnen und Bürger von Basel-Stadt. Die Wirksamkeit von Wahlen und die damit einhergehende

Beeinflussung der Politik werden durchweg von den französischsprachigen Kantonen in Abrede gestellt. Im Gegensatz dazu bescheinigt insbesondere die Thurgauer Bevölkerung den Wahlen eine grosse Bedeutung, wenn es um die subjektive Einflussnahme auf das politische Geschehen geht.

## 5 Fazit

Der vorliegende Beitrag beschäftigte sich mit Aspekten der politischen Kultur der Schweiz in der Forschungstradition von Almond und Verba (1963, 1980) wie auch Easton (1965, 1975). Somit stand die empirische Ausleuchtung persönlicher Einstellungen gegenüber dem Herrschaftssystem und seinen Trägern im Mittelpunkt des analytischen Interesses. Aus der pragmatischen Umsetzung und Anwendung dieses Konzeptes mittels Informationen aus Bevölkerungsumfragen lassen sich abschliessend drei zentrale Befunde zum Verhältnis der Schweizerinnen und Schweizer zur Politik berichten: Zum Ersten ist zunächst festzuhalten, dass Orientierungen gegenüber der demokratischen Herrschaftsform, der politischen Gemeinschaft und gegenüber Institutionen und Akteuren, die am Prozess der Politikgestaltung beteiligt sind, von einer hohen Stabilität in den vergangenen 15 Jahren gekennzeichnet sind. Zum Zweiten zeigen die subnationalen Analysen, dass sich diese positiven politischen Einstellungen im Grossen und Ganzen relativ gleichmässig über die Kantone verteilen. Diese Homogenität in den Orientierungen wird nur in Einzelfällen durchbrochen, wenngleich diese sprachregionalen Disparitäten innerhalb von sehr überschaubaren Intervallen auftreten. Zum Dritten haben die vielfältigen Untersuchungen aber auch deutlich gemacht, dass die Schweiz im internationalen Vergleich hinsichtlich des Zustimmungsgrades zum Ordnungsmodell der Demokratie, mit Blick auf das Institutionenvertrauen sowie in Fragen der politischen Anteilnahme mit die beste Bilanz aufweist und als Hort einer politischen Kultur mit einem ausserordentlichen Unterstützungskredit und Vertrauensvorschuss etikettiert werden kann.

Die derart vermittelte Stellung der Schweizer politischen Kultur im Vergleich der Nationen ruft nach Erklärungen. Neben vorteilhaften sozioökonomischen Konstellationen sollte der Blick auf die institutionellen Konfigurationen des politischen Systems gerichtet werden (Dachs 2009; Linder und Steffen 2006). Hier gilt das Augenmerk dem Milizsystem sowie der einzigartigen Kombination aus Konkordanz, direkter Demokratie und föderalistischer staatlicher Architektur als Katalysatoren politischen Vertrauens und hoher Zustimmungsraten (Kriesi und Trechsel 2008; Linder 2012; Vatter 2008). Das Milizsystem sichert die enge Verzahnung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Interessen und kann als eine wirksame Barriere gegen die Verselbstständigung der politischen Klasse angesehen werden. Diese engmaschigen Verbindungen zwischen den einzelnen Subsystemen verschaffen eine breite Akzeptanz ausgehandelter politischer Entscheidungen quer

durch die Interessenlagen der Bevölkerung und führen zu einer hohen Zustimmung zu demokratischen Verfahren und politischen Institutionen.

Chancen zur Ausbildung politischer Unterstützung und Zustimmung ergeben sich auch durch verschiedene Wege und Zugangsmöglichkeiten politischer Mitsprache. Sofern die politischen Rahmenbedingungen Anreize zur Teilhabe am politischen Prozess versprechen, erhalten die Individuen als Prinzipale eines Gemeinwesens die Möglichkeit, ihre etwaigen Vorbehalte gegen das politische System abzubauen. Stark dezentral organisierte Gemeinschaften sichern den Fortbestand politischer, kultureller und sozialer Interessen, indem auf verschiedenen Ebenen ein Zugang zum politischen Entscheidungsprozess geboten wird. Direktdemokratische Mitwirkungsverfahren schaffen beispielsweise Möglichkeiten der ständigen Überprüfung politischer Sachverhalte und verhindern das Auseinanderklaffen der Interessen von Herrschaftsausübenden und Herrschaftsunterworfenen. Als Nebeneffekt induziert dieser Kontrollmechanismus quasi aus sich heraus die Genese von Unterstützungsleistungen und Vertrauensvorschüssen an das politische System und seine Träger. Schliesslich tragen Institutionen, die sowohl machtteilend-konsensual sind als auch Minderheiten schützende Konfliktregelungsmechanismen ermöglichen, zur Bildung von politischem Vertrauen bei. Sobald eine Person A erkennt, dass Person B durch politische Entscheidungen immer besser gestellt wird und die Entscheidungsfindung parteiisch abläuft, wird Person A das Vertrauen in die verantwortlichen politischen Institutionen verlieren. Mit anderen Worten: Wenn die politischen Rahmenbedingungen den Eindruck der Bevorzugung wie der systematischen Ausgliederung von Interessen entstehen lassen und einer «the winner takes it all»-Mentalität Vorschub leisten, generieren sie Misstrauen unter den benachteiligten Akteuren. Solange der Prozess der Entscheidungsfindung aber als unparteiisch und fair eingeschätzt wird, wird auch ein nachteiliges Ergebnis akzeptiert und führt nicht zum Vertrauensschwund. Angesichts ihrer Gemeinschaftsverträglichkeit und der umfassenden Einbindung gesellschaftlicher Interessen unter der Maxime des gütlichen Einvernehmens wird somit konsensualen Organisationsstrukturen unterstellt, dass sie die politische Vertrauensbildung fördern. In wettbewerblichen Organisationsstrukturen werden hingegen sowohl der kompetitive und konfliktträchtige Charakter der Sozial- als auch der geringe Grad an Inklusionsbeziehungen betont, die als Hemmnisse einer umfassenden politischen Unterstützung entgegenstehen. Dies umso mehr, wenn die vorgegebene politische wie soziale Organisationsstruktur den Minoritäten die Chance der Teilhabe verwehrt und einer systematischen Ausbeutung der Minderheiten durch die Mehrheit keinen institutionellen Riegel vorschiebt. Konkordanzdemokratien hingegen berücksichtigen stärker die Anliegen von Minderheiten, repräsentieren heterogene Interessenlagen und führen insgesamt zu Gesellschaften, welche die Werte, Normen und Spielregeln demokratischer Ordnungen in besonderer Weise zu schätzen wissen.

Schliesslich prägen institutionelle Architekturen wie die direkte Demokratie, der Föderalismus und die Konkordanz die Art und Weise der politischen Auseinan-

dersetzung. Jeder einzelne der drei angesprochenen Aspekte steht für die Offenheit des politischen Systems und fördert die Deliberation und Kommunikation zwischen den politischen Akteuren. Diese institutionellen Eigenheiten der Schweiz strukturieren auf jeder Ebene des politischen Systems die politische Auseinandersetzung und den respektvollen und sensiblen Umgang mit politischer Macht. Der auf diese spezifische Weise institutionell vorgegebene Weg der Konfliktaustragung sichert die hohe Akzeptanz der demokratischen Grundordnung und die ausgeprägte Zustimmung zu den politischen Institutionen des Landes. Damit legt der *Stil des politischen Miteinanders* einen nicht unwesentlichen Grundstein für eine derart bemessene *politische Kultur*.

### Anmerkungen

- 1 Verwiesen sei hier auf die enge Fassung von Kultur generell bei den Gründungsvätern der politischen Kulturforschung: «We employ the concept of culture in only one of its meanings: that of psychological orientations towards social objects» (Almond und Verba 1963: 13). Politische Kultur «thus refers to the specifically political orientations» (Almond und Verba 1963: 12). Im Folgenden werden die Begriffe «Einstellungen» und «Orientierungen» synonym verwendet, obwohl Letztere eher die tiefer liegenden und stabileren Dispositionen erfassen.
- 2 Kennzeichnend für diese Schwerpunktsetzung in der Schweizer Politikwissenschaft ist die Studie von Seitz (1997), die neben einer lesenswerten Begriffsgeschichte zur politischen Kulturforschung in einem zweiten Teil das Abstimmungsverhalten der Schweizerinnen und Schweizer in diesen Kontext setzt, um daraus Aufschlüsse zu «regionalen politischen Kulturen» zu erhalten (ebd.: 275).
- 3 Der Bereich der Policy-Kultur spielt in der bisherigen Forschung zur politischen Kultur eine eher untergeordnete Rolle, was zu einem grossen Teil auf fehlende Daten zurückzuführen ist. Einstellungen zu den Inhalten von Politikentscheidungen finden sich auch in der Schweizer Erhebungslandschaft selten. Mitunter könnte aber eine systematische Auswertung der VOX-Daten für künftige Forschungen ertragreich sein. Zusätzliche derartige Auswertungen würden den Rahmen der vorliegenden Studie allerdings sprengen.
- 4 Im vorliegenden Beitrag kann aus Platzgründen nur eine Auswahl der angesprochenen Auswertungen präsentiert werden. Die Illustrationen der übrigen im Text besprochenen Daten und Fakten zur politischen Kultur können auf der Website des Autors unter [www.ipw.unibe.ch](http://www.ipw.unibe.ch) in einem separaten Online-Anhang heruntergeladen werden. Ihre Aufreihung richtet sich an die Abfolge im Beitrag.
- 5 In der schweizerischen direkten Demokratie wird den Volksrechten im Vergleich zu den Wahlen zumeist ein noch grösserer Einfluss auf den politischen Prozess attestiert (Freitag und Stadelmann-Steffen 2010). Derartige Daten zur Bedeutung der direkten Demokratie liegen im Längsschnitt leider nicht vor.
- 6 Zu beachten sind die Abweichungen zu den Befunden aus den Auswertungen der SELECTS-Wahlstudie.
- 7 Auffallend ist diesbezüglich auch, dass die Vertrauenswerte der Tessinerinnen und Tessiner schwächer ausfallen, je subnationaler (und damit auch alltäglicher) die Politikerfahrungen sind.

### Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel (1956): Comparative Political Systems. *Journal of Politics* 18(3), 391–409.
- Almond, Gabriel und Sidney Verba (1963): *The Civic Culture, Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park: Sage Publications.
- Almond, Gabriel und Sidney Verba (1980): *The Civic Culture Revisited*. Boston/Toronto: Little Brown.

- Berg-Schlosser, Dirk (1972): *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*. München: Vogel.
- Brunner, Matthias und Lea Sgier (1997): Crise de confiance dans les institutions politiques suisses? Quelques résultats d'une enquête d'opinion. *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 3(1), 105–113.
- Dachs, Herbert (2009): Politische Kultur. Begriff – Dimensionen – Entstehen. *Informationen zur Politischen Bildung* 30, 5–7.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5(4), 435–457.
- Freitag, Markus (2001): Das soziale Kapital der Schweiz. Vergleichende Einschätzungen zu Aspekten des Vertrauens und der sozialen Einbindung. *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7(4), 87–117.
- Freitag, Markus und Isabelle Stadelmann-Steffen (2008): Schweizer Welten der Freiwilligkeit: das freiwillige Engagement der Schweiz im sprachregionalen Kontext. In: Suter, Christian, Silvia Perrenoud, René Levy, Ursina Kuhn, Dominique Joye und Pascal Gazareth (Hrsg.): *Sozialbericht 2008*. Zürich: Seismo, 170–190.
- Freitag, Markus und Isabelle Stadelmann-Steffen (2010): Stumbling Block or Stepping Stone? The Influence of Direct Democracy on Individual Participation in Parliamentary Elections. *Electoral Studies* 29(3), 472–483.
- Fuchs, Dieter (2007): The Political Culture Paradigm. In: Dalton, Russell J. und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press, 161–184.
- Gabriel, Oscar W. (2008): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, Oscar W. und Sabine Kropp (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 181–214.
- Kaase, Max (1983): Sinn oder Unsinn des Konzepts «Politische Kultur» für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. In: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und politisches System – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 144–171.
- Kriesi, Hanspeter, Boris Wernli, Pascal Sciarini und Matteo Gianni (1996): *Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Kriesi, Hanspeter und Alexander H. Trechsel (2008): *The politics of Switzerland. Continuity and Change in a Consensus Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Linder, Wolf (2012): *Schweizerische Politik. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Linder, Wolf, Claude Longchamp und Regula Stämpfli (1991): *Politische Kultur im Wandel am Beispiel des selektiven Urnengangs*. Basel: Schweizerischer Nationalfonds (Reihe Kurzfassungen NFP 21).
- Linder, Wolf und Isabelle Steffen (2006): Politische Kultur. In: Klöti, Ulrich, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos und Pascal Sciarini (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, 4., vollständig überarbeitete Auflage. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 15–34.
- Listhaug, Ola und Matti Wiberg (1995): Confidence in Political and Private Institutions. In: Klingemann, Hans-Dieter und Dieter Fuchs (Hrsg.): *Beliefs in Government. Vol. 1: Citizen and the State*. Oxford: Oxford University Press, 298–322.
- Longchamp, Claude und Bianca Rousselot (2010): Bürger und Politik in der Schweiz. In: Gabriel, Oscar W. und Fritz Plasser (Hrsg.): *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa: Bürger und Politik*. Baden-Baden: Nomos, 217–264.
- Pickel, Susanne und Gert Pickel (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reisinger, William M. (1995): The Renaissance of a Rubric: Political Culture as Concept and Theory. *International Journal of Public Opinion Research* 7(4), 328–352.
- Rohe, Karl (1990): Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. *Historische Zeitschrift* 250(2), 321–346.

- Rohe, Karl (1996): Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzeptes. In: Niedermayer, Oscar und Klaus von Beyme (Hrsg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*. Opladen: Leske+Budrich, 1–21.
- Scheidegger, Régis und Christian Staerklé (2011): Political Trust and Distrust in Switzerland: A Normative Analysis. *Swiss Political Science Review* 17(2), 164–187.
- Seitz, Werner (1997): *Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten: Eine Begriffsgeschichte und Methodenkritik*. Zürich: Realtopia Verlagsgenossenschaft.
- Steiner, Jürg (2001): Switzerland and the European Union: A Puzzle. In: Keating, Michael und John McGarry (Hrsg.): *Minority Nationalism and the Changing International Order*. Oxford: Oxford University Press, 137–154.
- Vatter, Adrian (2008): Vom Extremtyp zum Normalfall? Die schweizerische Konsensusdemokratie im Wandel: Eine Re-Analyse von Lijpharts Studie für die Schweiz von 1997 bis 2007. *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 14(1), 1–47.
- Westle, Bettina (2010): Politische Kultur. In: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 306–325.
- Widmer, Eric D. und Ivan De Carlo (2010): Why Do the Swiss Trust their Government Less and Other People More than They Used To? In: Hug, Simon und Hanspeter Kriesi (Hrsg.): *Value Change in Switzerland*. Plymouth: Lexington Books, 171–190.